

DIE BUNDESBEAUFTRAGTE
für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

- Außenstelle Dresden -



BStU

Archiv der Außenstelle Dresden

MfS BV Dresden

BdL

Nr. 7375

Bezirksverwaltung
für Staatssicherheit
Leiter

Dresden, 3. Juli 1989

Bezirksleitung der SED
1. Sekretär
Genossen Hans Modrow

D r e s d e n

Lieber Hans!

Wie bereits telefonisch besprochen, übersende ich Dir die Information über

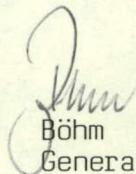
beachtenswerte Aspekte des aktuellen Wirksamwerdens innerer feindlicher, oppositioneller und anderer negativer Kräfte des Bezirkes in personellen Zusammenhängen.

Durch das Ministerium für Staatssicherheit wurde für die Parteiführung eine zentrale Information zu diesem Problem erarbeitet, und daraus resultierend wurden u. a. vom Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates, Genossen Erich Honecker, verschiedene Festlegungen getroffen, woraus der Minister für Staatssicherheit die Leiter der Bezirksverwaltungen zur Erarbeitung einer Bezirksinformation bis 30. 6. 1989 anwies.

Wie vor Deiner Reise nach China telefonisch besprochen, erarbeiten gegenwärtig bis 20. Juli 1989 die Leiter der Kreisdienststellen für die 1. Sekretäre der SED-Kreisleitungen Informationen über die Lage in den jeweiligen Kreisen.

Sicherlich wäre es zweckmäßig, wenn Du nach einer Beratung bei Dir mit der Führungsgruppe die 1. Sekretäre der SED-Kreisleitungen informieren würdest, daß die Leiter der Kreisdienststellen beauftragt sind, bis Ende Juli 1989 die Information für die 1. Kreissekretäre zu erarbeiten, um dann auch in den Kreisen analog mit den Führungsgruppen zu beraten, wie sollte/könnte was gemacht werden.

Anlage
Information


Böhm
Generalmajor

Bezirksverwaltung Dresden

Gen. Modrow

Streng vertraulich!
Um Rückgabe wird gebeten!

Dresden, 30.06.1989

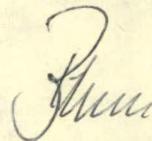
26 Blatt

Nr. A 17 / 89

1 Exemplar

INFORMATION über

beachtenswerte Aspekte des aktuellen Wirksamwerdens innerer feindlicher, oppositioneller und anderer negativer Kräfte des Bezirkes in personellen Zusammenschlüssen



Anlagen

Die Information ist bitte innerhalb von vier Wochen an den Absender zurückzusenden.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Eine der Hauptstoßrichtungen im subversiven Vorgehen des Gegners gegen den Sozialismus bilden Versuche der Schaffung und Legalisierung einer sogenannten inneren Opposition und der Inspirierung/Organisierung politischer Untergrundtätigkeit in den sozialistischen Staaten als "innere Druckpotentiale" zur Aufweichung, Zersetzung, politischen Destabilisierung und letztlich Beseitigung des Sozialismus.

In Durchsetzung des von imperialistischen Kreisen der USA beschlossenen anti-sozialistischen "Programmes für Demokratie" wirken führende politische Kräfte der NATO-Staaten darauf hin, unter der Flagge einer "Demokratisierung, Liberalisierung und eines Eintretens für politischen Pluralismus westlicher Prägung in kommunistischen Ländern" in diesen Staaten Oppositionsparteien und -bewegungen zu entwickeln und zu fördern und dabei auch eine Legalisierung bereits bestehender sogenannter unabhängiger Gruppen aktiv zu unterstützen. Dieses Vorgehen widerspiegelt sich sowohl in der Staatspolitik der imperialistischen Hauptmächte als auch in den vielfältigen subversiven Aktivitäten feindlicher Zentren und Organisationen sowie weiteren, gegen die sozialistischen Staaten wirkenden sozialismusfeindlichen Kräften.

Es ist einzuschätzen, daß die politischen, ideologischen und subversiven gegnerischen Einwirkungen sowie die von der aktuellen Lageentwicklung in einigen sozialistischen Ländern ausgehenden Einflüsse unter Teilen der Bevölkerung des Bezirkes gewisse Wirkungen erzielen. Sie zeigen sich insbesondere im Vorhandensein (überschaubarer und unter staatlicher und gesellschaftlicher Kontrolle stehender) personeller Zusammenschlüsse, entsprechender Gruppierungen und Gruppen, die in Übereinstimmung bzw. im Zusammenwirken mit reaktionären kirchlichen Personen und gemeinsam mit äußeren Feinden im Sinne dieser gegnerischen Strategie wirksam zu werden versuchen.

Obwohl oppositionelle Kräfte ihre feindlich-negativen Aktivitäten gegenwärtig vorwiegend "gewaltfrei" vortragen wollen, ist die Tendenz zum aggressiven militanten Vorgehen in Untergruppen vorhanden, wodurch die Gefahr öffentlichkeitswirksamer Aktionen wächst. Bei einzelnen Gruppen, besonders dem "Ökologischen Arbeitskreis der Dresdner Kirchenbezirke", besteht die reale Möglichkeit, daß ein Einfluß auf größere Personenkreise zustande kommt. Das wurde zur "Umweltwoche 89" der Evangelischen Landeskirche Sachsens deutlich. Die Kirche konzentriert sich auf die Festigung ihrer inneren Strukturen und auf die Schaffung eines größeren engagierten Umfeldes in Gestalt von Basisgruppen.

Gegenwärtig bestehen im Bezirk 17 sogenannte "Friedens- und Ökologiegruppen" sowie 2 koordinierende überörtliche Zusammenschlüsse mit insgesamt ca. 250 Personen, von denen ca. 40 Personen als Organisatoren/Inspiratoren und ca. 60 Personen als aktive Mitglieder dieser Zusammenschlüsse eingestuft werden, die fast ausschließlich in Strukturen der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens eingebunden sind bzw. für ihre Aktivitäten die materiellen und technischen Möglichkeiten dieser Kirche umfassend nutzen können (präzisierende Angaben zu den Organisatoren/Inspiratoren und aktiven Mitgliedern als Anlage).

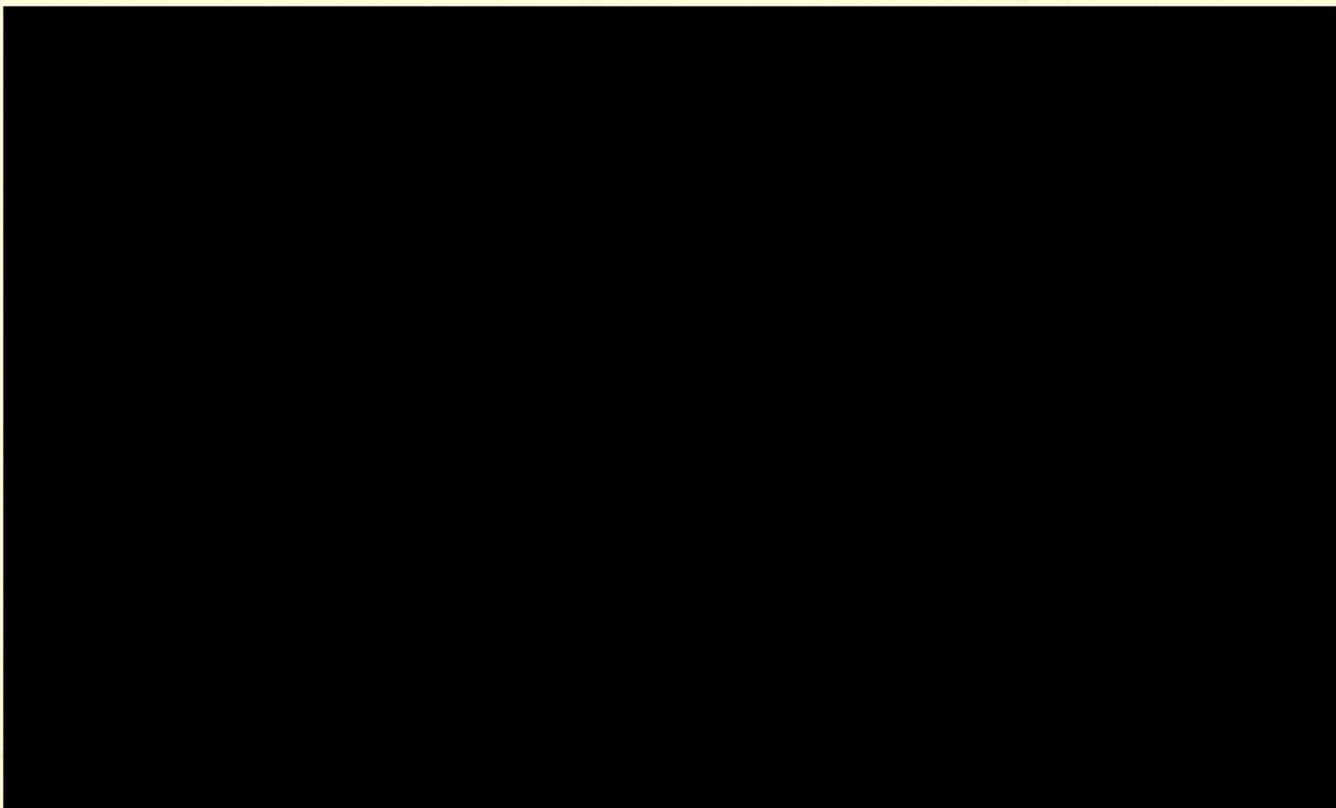
Die Zusammensetzung der personellen Zusammenschlüsse weist ein breites Spektrum aus, das von religiös stark gebundenen bis zu auf atheistischen Positionen stehenden, zumeist jüngeren Personen reicht, die eine differenziert ausgeprägte feindliche, oppositionelle Einstellung zur sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung besitzen.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Der Großteil dieser Kräfte ist durch politisch indifferente, labile, schwankende Haltungen und Einstellungen geprägt. Sie vertreten z. T. auch "alternative" oder scheinalternativ orientierte Auffassungen, Vorstellungen, Haltungen und Lebensweisen zur sozialistischen Entwicklung. Der Anteil von Arbeitern und anderen im produktiven Bereich Tätigen ist relativ gering.

Die Mehrzahl der Führungskräfte ist im Alter zwischen 25 und 40 Jahren. Darunter befinden sich kirchliche Amtsträger und Mitarbeiter sowie Hoch- und Fachschulabsolventen, die z. T. im Bereich der Kirche oder anderweitig eine nicht ihrer Qualifikation entsprechende Tätigkeit ausüben. Bei einer Reihe von Inspiratoren/Organisatoren handelt es sich um Personen, die zunächst eine kontinuierliche fachliche und politische Entwicklung genommen haben und die im Ergebnis der ideologischen und anderweitigen gegnerischen Einwirkungen sowie auch aus unterschiedlichsten, in der Persönlichkeit bzw. im gesellschaftlichen Umfeld liegenden Gründen (politische Belastungs- und Entscheidungssituation usw.) auf feindliche, oppositionelle Positionen gerieten.

Die im Bezirk bestehenden personellen Zusammenschlüsse gliedern sich wie folgt auf:

Stadt Dresden

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Kreis Görlitz

12. "Ökologieausschuß Umweltverantwortung" Görlitz

Auf der Sitzung der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche des Görlitzer Kirchengebietes am 22. 04. 1985 wurde die Bildung des o. g. Ausschusses beschlossen. Er wurde dem evangelischen Konsistorium unterstellt.

Nach zwischenzeitlichem Zerfall der Gruppe im Jahre 1986 erfolgte ein Jahr später eine Reaktivierung unter maßgeblicher Initiative von [REDACTED] / Bezirkskrankenhaus Görlitz. Seitdem finden regelmäßig Treffen in kirchlichen Räumen der Stadt Görlitz mit einer durchschnittlichen Beteiligung von ca. 10 Personen statt.

Unter Nutzung von Ausarbeitungen u. a. des "Kirchlichen Forschungsheimes" Wittenberg wurden im Anfangsstadium theoretische Probleme behandelt. In der Folgezeit kam es durch einzelne Mitglieder zur Teilnahme an "Begrünungsaktionen" u. a. Aktivitäten. Verstärkt werden gegenwärtig auch pseudopazifistische Positionen, wie die Wehrdienstverweigerung, in die Diskussion eingebracht.

13. Gruppe "Menschenrechtsfragen" Görlitz

Mit der Zielstellung, Materialien zu angeblichen Menschenrechtsverletzungen in der DDR zu sammeln und diese gegnerischen Stellen zum Zweck der Diskreditierung der Politik der DDR im internationalen Rahmen zur Verfügung zu stellen, ist der

B ö t t c h e r , Frieder
Landesjugendwart der Evangelischen Kirche des Görlitzer Kirchengebietes

gegenwärtig bemüht, diese Gruppe zu formieren.

Um ein Vorgehen staatlicher Organe gegen diesen personellen Zusammenschluß weitgehendst auszuschließen, werden Antragsteller auf ständige Ausreise nicht in die Gruppierung aufgenommen.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Insgesamt ist zu verzeichnen, daß sich der Organisationsgrad und die Kommunikationsstruktur der im Bezirk existenten Personenzusammenschlüsse systematisch weiter gefestigt hat. Dazu trugen eine bessere Anpassung an kirchliche Strukturen und die Teilnahme von Vertretern der einzelnen Gruppen an zentralen bzw. regionalen Treffen (z. B. "Konkret für den Frieden", Begegnungszentren zur "Ökumenischen Vollversammlung", "Friedensseminar Meißen", "Umweltwoche") bei. Es besteht ein relativ stabiles und gut funktionierendes Verbindungs- und Nachrichtensystem (z. B. Teilnahme an der Stimmenauszählung in Wahllokalen und Übermittlung der Ergebnisse).

Bis auf Ausnahmen sind die Gruppenstrukturen relativ stabil, wobei in Anpassung an neue inhaltliche Anforderungen innerhalb personeller Zusammenschlüsse Untergruppen entstanden.

Typisch für Führungskräfte/Inspiratoren/Organisatoren ist deren als Anpassung an die Wirksamkeit staatlicher und gesellschaftlicher Einflußnahme auf solche Zusammenschlüsse zu wertendes konspiratives Verhalten. Besonders die Verbindungslinien zu äußeren Feinden und zu antisozialistischen Kräften in anderen sozialistischen Staaten sowie das Zusammenwirken der Führungskräfte personeller Zusammenschlüsse untereinander werden konspiriert.

Erkenntnisse liegen darüber vor, daß besonders solche personelle Zusammenschlüsse, wie die AGF der Dresdner Kirchenbezirke, der ÖAK der Dresdner Kirchenbezirke und das "Friedensseminar Meißen" Kontakte und Verbindungen in das nichtsozialistische Ausland unterhalten, vor allem über in der DDR akkreditierte Korrespondenten (im Bezirk wurden diesbezüglich aktiv [REDACTED] ARD, [REDACTED] / EPD und [REDACTED] ZDF).

Verbindungslinien einzelner Zusammenschlüsse zu antisozialistischen Elementen in anderen sozialistischen Ländern werden systematisch angestrebt. Derartige Bemühungen werden insbesondere zu Gruppierungen und Kräften in der CSSR, der Ungarischen VR und der VR Polen unternommen (Gruppe Wolfspelz und Friedenskreis Leubnitz-Neuostra).

Wenngleich die im Bezirk und darüber hinaus wirkenden feindlichen, oppositionellen und anderen negativen Kräfte über kein einheitliches politisches Konzept bzw. über kein in sich geschlossenes "alternatives" Gesellschaftsmodell verfügen, nutzen und mißbrauchen sie vor allem die internationale Systemauseinandersetzung um Frieden und Abrüstung, die Menschenrechtsproblematik und globale Probleme des Umweltschutzes für die inhaltliche Ausgestaltung ihrer sozialismusfeindlichen Aktivitäten, für die inhaltliche und organisatorische Profilierung der personellen Zusammenschlüsse und für deren weitere Vernetzung.

In Erkenntnis dieser Situation gehen die Bestrebungen von Superintendent Z i e m e r dahin, auf die im Raum Dresden vorhandenen profilierten kirchlichen Basisgruppen (AGF, ÖAK, Ökumeni-

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

scher Friedenskreis Johannstadt, Friedenskreis Leubnitz-Neuostra, Friedensseminar Meißen, Ökologiekreis Radebeul-Ost) sowie anderen sozialismusfeindlichen Gruppierungen (z. B. Gruppe Wolfspelz) seinen Einfluß geltend zu machen, um sein gegen die sozialistische Gesellschaftsordnung in der DDR gerichtetes Konzept durchzusetzen.

Ableitend aus Erklärungen, Eingaben, sogenannten "Offenen Briefen", Ergebnissen von sogenannten Basistreffen und anderen kirchlichen Veranstaltungen (Kirchentage, "Ökumenische Versammlung", Friedensdekaden u. a.) sowie in anderer Art und Weise bekundeter Auffassungen und erhobener Forderungen bilden besonders folgende antisozialistische Inhalte/Stoßrichtungen die Schwerpunkte im Wirksamwerden feindlicher, oppositioneller Kräfte:

1. Gegen die Grundlagen und Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus gerichtete Angriffe finden ihren konzentrierten Ausdruck in Forderungen nach Änderung der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung und nach "Erneuerung des Sozialismus". Dabei berufen sich diese Kräfte immer stärker auf die Umgestaltungsprozesse und die damit verbundenen Entwicklungen in der UdSSR und anderen sozialistischen Ländern. Demagogisch werden Begriffe wie Glasnost, Demokratisierung, Dialog, Bürgerrechte, Freiheit für "Andersdenkende" oder Meinungspluralismus mißbraucht, um damit eigene politische Konzeptionen und Ziele zu bemänteln.

Kernpunkte dabei sind die Praktizierung der Dialogbereitschaft der DDR auch in der Innenpolitik mit "unabhängigen Gruppen" und "Andersdenkenden". (Letztere und weitere Forderungen weisen Übereinstimmung mit propagierten Forderungen kirchenleitender Kräfte und Gremien besonders der evangelischen Kirchen in der DDR auf.)

2. Gegen die Sicherheits- und Verteidigungspolitik gerichtete Angriffe konzentrieren sich unter dem Deckmantel einer "Entmilitarisierung" der Gesellschaft auf Forderungen nach Beseitigung der vormilitärischen Erziehung und Ausbildung der Jugend (u. a. Unterrichtsfach Wehrerziehung), Abschaffung der Wehrpflicht, Einrichtung eines sozialen bzw. zivilen "Friedensdienstes" als gleichwertiger Ersatz für den Wehrdienst und auf Gewährung des Rechtes auf Wehrdiensttotalverweigerung aus Gewissensgründen.
3. Gegen die kommunistische Erziehung der Jugend gerichtete Angriffe beinhalten u. a. Forderungen nach Aufgabe des "Totalitätsanspruches" der marxistisch-leninistischen Weltanschauung als gültige Lehre und Praxis in allen Bildungseinrichtungen sowie Abbau des "Totalitätsanspruches" gesellschaftlicher Institutionen zur politischen Erziehung. Es wird orientiert auf die Schaffung alternativer Bildungseinrichtungen und uneingeschränkte Glaubens- und Religionsfreiheit an Bildungseinrichtungen.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

4. Probleme des Umweltschutzes bilden ein breites Feld zur Diskreditierung der Politik der Partei in Umweltfragen, wobei die Inhalte und Vorgehensweisen vorwiegend gegen staatliche Entscheidungen gerichtet sind und ungeachtet des Anscheins von Wissenschaftlichkeit nicht den Realitäten entsprechen. Gefordert werden insbesondere die Gewährleistung ausreichender, sachgerechter und "ungeschminkter" Informationen über ökologische Zusammenhänge und Probleme in der DDR, ein öffentlicher Zugang zu entsprechenden Informationen, die Erhöhung der staatlichen Investitionen für Umweltschutzmaßnahmen sowie die Entwicklung/Nutzung alternativer Energiequellen, um u. a. den "Ausstieg aus der Kernenergie" zu vollziehen.

Seit der Bildung von personellen Zusammenschlüssen sind diese bestrebt, unterhalb der Schwelle einer strafrechtlichen Relevanz zu bleiben, die "Belastbarkeit" des Staat-Kirche-Verhältnisses zu testen sowie die verfassungsmäßig verankerten Rechte der Kirchen für ihre Zwecke auszunutzen bzw. zu mißbrauchen.

Forderungen des Staates, den politischen Mißbrauch der Kirchen durch feindliche, oppositionelle Kräfte zu unterbinden, wurden durch kirchliche Amtsträger bisher in der Regel negiert. Diese Tatsache und die wachsende Politisierung der Tätigkeit der evangelischen Kirchen sowie das ständige Lavieren und Taktieren dieser Personen nach allen Seiten haben das Wirken von personellen Zusammenschlüssen, Gruppierungen und Gruppen unter dem Dach der Kirche wesentlich begünstigt. Von zahlreichen kirchlichen Amtsträgern werden Erscheinungen des Wirkens dieser Kräfte verharmlost und heruntergespielt, inkonsequentes und taktierendes Verhalten besonders gegen Führungskräfte praktiziert und das Wirken solcher Zusammenschlüsse im kirchlichen Raum auch künftig gewährleistet.

Der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit liegen weitere über den Rahmen der angeführten personellen Zusammenschlüsse hinausgehende Erkenntnisse zu Personen

aus dem Bereich Kunst und Kultur,
mit konfessionellen Bindungen,
aus jugendlichen und jungerwachsenen Gruppierungen

vor, die im Sinne oder als Sympathiesanten politischer Untergrundtätigkeit wirksam werden (vgl. Anlagen).

Bei den Personen aus dem Bereich Kunst und Kultur handelt es sich fast ausschließlich um Stützpunkte legaler Basen des Gegners, vor allem der Ständigen Vertretung der BRD in der DDR, Botschaften nichtsozialistischer Staaten in der DDR (vor allem Frankreichs und der USA) sowie akkreditierter Korrespondenten westlicher Massenmedien.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Angesichts der Entwicklung und Aktivitäten im Bezirk existierender und wirkender personeller Zusammenschlüsse feindlich-negativen Charakters wird vorgeschlagen:

1. Über das aus dieser Information abzuleitende einheitliche, konzeptionell gesicherte politisch-ideologische Zusammenwirken und Vorgehen aller zuständigen staatlichen Organe und einzubeziehenden gesellschaftlichen Organisationen und Kräfte im Bezirk zu beraten, um der weiteren Profilierung bestehender und der Bildung neuer derartiger personeller Zusammenschlüsse, Gruppierungen und Gruppen konsequent entgegenzuwirken und Maßnahmen der Sicherheitsorgane zur Zersetzung und Auflösung derselben und zur Paralyse von diesen ausgehender antisozialistischer Aktivitäten differenziert wirkungsvoll zu unterstützen.
2. Die 1. Sekretäre der Kreisleitungen der SED über die reale Lage und die notwendigen Maßnahmen zur Gewährleistung einheitlichen Vorgehens zu informieren.

Die Leiter der Kreisdienststellen sind beauftragt, bezogen auf die konkreten Lagebedingungen im Kreis, Informationen für die 1. Sekretäre der Kreisleitungen der SED zu erarbeiten und ihnen Vorschläge zur wirksamen Einflußnahme auf die Personen zu unterbreiten, zu erläutern und zu beraten.

Das Vorgehen sollte schwerpunktmäßig abgestimmt und festgelegt werden hinsichtlich

- des gezielten anlaß- und personenbezogenen Einsatzes staatlicher und gesellschaftlicher Kräfte bei Nutzung auch aller Formen der politischen Massenarbeit, der vielfältigen Möglichkeiten befreundeter Parteien, besonders der CDU, und der gesellschaftlichen Organisationen zur vorbeugenden Einschränkung und Unterbindung des Wirksamwerdens in solchen Gruppen und Zusammenschlüssen agierender Personen;
- der umfassenderen Unterstützung progressiver innerkirchlicher Kräfte mit dem Ziel, sie noch stärker in den Prozeß der politischen Auseinandersetzung mit feindlichen, oppositionellen Kräften einzubeziehen;
- der anzuwendenden Mittel, Methoden und taktischen Vorgehensweisen zur offensiven ideologischen Auseinandersetzung mit solchen feindlichen Kräften, einschließlich der Entlarvung der von diesen vertretenen Auffassungen und Positionen als antisozialistisch und der von ihnen verfolgten Zielstellungen als konterrevolutionär;

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

- der Zurückgewinnung politisch schwankender, irreführender oder politisch mißbrauchter Personen aus solchen personellen Zusammenschlüssen;
 - der Feststellung und Beseitigung begünstigender Bedingungen und Umstände im Kreis für das Wirken feindlicher, oppositioneller Kräfte und Zusammenschlüsse.
3. Den Einsatz befähigter und erprobter gesellschaftlicher Kräfte, die über entsprechende politisch-ideologische Grundvoraussetzungen und fachspezifische Kenntnisse verfügen sowie erforderliche charakterlich-psychologische Voraussetzungen besitzen zu organisieren und zu konzentrieren auf

- die individuelle Betreuungstätigkeit im Sinne einer positiven politisch-ideologischen Einflußnahme gegenüber Mitgliedern der Zusammenschlüsse im Arbeits-, Wohn- und Freizeitbereich;

Es wird vorgeschlagen, daß nach Bestätigung der mit gesellschaftlichen Kräften zu realisierenden Maßnahmen die Leiter der Kreisdienststellen befähigte Mitarbeiter beauftragen, die Informierung und Instruierung der ausgewählten gesellschaftlichen Kräfte je nach konkreter Lage und Erfordernis zu unterstützen und die zuständigen Sekretäre der SED-Grundorganisationen ebenfalls informiert werden.

- die Teilnahme an geplanten öffentlichen und kirchlichen Aktivitäten vorgenannter personeller Zusammenschlüsse oder feindlich-negativer Personen u. a. mit dem Ziel der Verhinderung des politischen Mißbrauchs solcher Aktivitäten, der Schaffung eines "positiven Übergewichts" bei Veranstaltungen;
- ein verstärktes offensives Auftreten von Experten mit spezifischem Fachwissen während Veranstaltungen mit zu erwartender Beteiligung solcher Kräfte zur überzeugenden Darstellung der Politik von Partei und Regierung - auch bezogen auf regionale Probleme, Entscheidungen, Auswirkungen - und zur Widerlegung politischer sowie zur Zurückweisung sachlich falscher Auffassungen, einschließlich der Bloßstellung der Kräfte des politischen Untergrundes hinsichtlich ihrer Inkompetenz in wissenschaftlichen, technischen und ökonomischen Fragen und der vorsätzlichen Desinformierung der Öffentlichkeit
(Anfangssituation der Diskussion um Bau des Reinstsiliziumwerkes);
- die gezielte Nutzung der sich aus der unmittelbaren beruflichen Tätigkeit bzw. gesellschaftlichen Funktion ergebenden vielschichtigen Möglichkeiten solcher gesellschaftlichen Kräfte für die sachliche und ideologische Einwirkung auf Mitglieder derartiger personeller Zusammenschlüsse;

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

- die Schaffung von gesellschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten zur Kanalisierung von Aktivitäten solcher Kräfte in gesellschaftsgemäße Bahnen, die dafür ansprechbar sind.

4. Anlaßbezogen die Möglichkeiten der Medien- und sonstigen Öffentlichkeitsarbeit zu prüfen und wirksamer zu nutzen, um den Nachweis zu führen, daß die von personellen Zusammenschlüssen propagierten feindlichen und oppositionellen Auffassungen in Übereinstimmung stehen mit entsprechenden ideologischen Angriffen des Gegners und auf dieser Grundlage die offensive politisch-ideologische Auseinandersetzung zu führen.

Besonders zu prüfen wären Ermittlungsverfahren/Gerichtsverhandlungen/öffentlichkeitswirksame Vorkommnisse.

5. Gegenüber Personen, die durch fortgesetzte und öffentlichkeitswirksame, sicherheitspolitisch besonders bedeutsame Handlungen gegen die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung in Erscheinung treten und damit in erheblichem Maß strafrechts- und ordnungsrechtliche Normen verletzen, in bewährter Praxis differenziert konsequent geeignete Sanktionen anzuwenden.

6. Mit dem Ziel

- die Leitungen der Evangelischen Landeskirche Sachsens und des Görlitzer Kirchengebietes umfassender moralisch und rechtlich für innerhalb ihrer Strukturen agierende personelle Zusammenschlüsse verantwortlich zu machen;
- der vorbeugenden Verhinderung angestrebter Legalisierung solcher Zusammenschlüsse als selbständige Vereinigungen (u. a. unter Berufung auf das Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Wien)

solche personellen Zusammenschlüsse, die innerhalb der evangelischen Landeskirchen wirken, im aktuellen Sprachgebrauch und Umgang konsequent als "kirchliche Gruppen" zu bezeichnen und zu behandeln und die Gespräche seitens des Staatsapparates mit den leitenden Amtsträgern auf dieser Basis fortzusetzen.

7. Zur Gewährleistung der staatlichen Sicherheit bei politischen Höhepunkten und zur Verhinderung/Zerschlagung von Demonstrationen und öffentlichen Aktionen feindlich-negativer Kräfte Handlungsgrundsätze zum abgestimmten Vorgehen der Schutz- und Sicherheitsorgane und dem Einsatz gesellschaftlicher Kräfte zu gefährdeten Territorien, Objekten und Anlässen in allen Kreisen des Bezirkes zu erarbeiten.

Aus dieser Sicht sollten bereits jetzt prinzipielle Entscheidungen über die Durchführung von Veranstaltungen zum 13. Febr. getroffen werden.

Des weiteren wird vorgeschlagen, für die Sicherung von politischen Höhepunkten und Veranstaltungen zur Verhinderung/Zerschlagung feindlicher Demonstrationen und öffentlicher Aktionen mobile Einsatzkräfte der Schutz- und Sicherheitsorgane vorzubereiten.